

Hamburg: Wieder „Ehrenmord“?



In der Hansestadt ist es wieder zu einem Mord gekommen, der stark nach „Ehr“verbrechen riecht. Die 41-jährige Nicole B. wurde [in einem Parkhaus erstochen](#). Erst vor kurzem hatte sie sich von ihrem, als Gewalttäter bekannten, türkischen Freund getrennt, der sie seitdem verfolgte und bedrohte. Nicole B. hinterlässt einen zehnjährigen Sohn.

Der Türke ist bei der Polizei als Gewalttäter bekannt. Acht Mal wurde der Mann seit 2006 aktenkundig. Offenbar erst vor knapp zwei Wochen war Nicole B. von ihm im Raum Harburg zwei Mal am selben Tag bedroht worden. Erst entriss und zertrat er in einem Lokal das Handy seiner Ex-Lebensgefährtin. Zwei Stunden später fing er sie vor ihrer Wohnung ab. Er trommelte auf das Auto einer Bekannten, in dem Nicole B. saß. Allerdings hatte der Mann die Frau nicht direkt angegriffen. Nicole B. hatte beide Taten sofort angezeigt. Die Polizei reagierte und führte mit ihr noch an der zuständigen Wache ein Beratungsgespräch durch. Die Frau nahm sich daraufhin eine Anwältin. Zwei Tage später wurde dem Mann eine Gewaltschutzverfügung zugestellt. Seitdem wurden keine Zwischenfälle bekannt.

„Hier wurde sehr niederschwellig agiert“, sagt Polizeisprecher Ralf Meyer. Ein klassischer Fall von Stalking, bei dem den Opfern über Wochen und Monate nachgestellt wird, liegt für die Polizei nicht vor. Außer den beiden Bedrohungen vor zwei Wochen sind der Polizei keine früheren Zwischenfälle bekannt. Oft kommt es vor, dass sich bei Streitereien Nachbarn oder Zeugen melden. Solche Anzeigen

gab es nicht.

[Laut BILD-Zeitung](#) hat die Frau Anzeige erstattet. Aber ob Anzeige oder nicht: Die Gefährdungslage des potentiellen Opfers ist wieder einmal unterschätzt worden, und der Tatverdächtige, ein vielfacher Gewalttäter, läuft frei herum.

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

IDF-Stellungnahme zur Ethik des Gaza-Krieges



Das internationale Recht basiert auf dem ‚klassischen‘ Modell des Krieges zwischen zwei Armeen. Infolgedessen ist es eine große Herausforderung, existierende internationale Rechtsgrundsätze auf Konflikte mit Terrororganisationen anzuwenden. Sie können keine befriedigende Antwort auf die zahlreichen ethischen Dilemmata geben, die bei solchen Konflikten erwachsen. Im Bemühen, ihre militärische Unterlegenheit wettzumachen, haben die Terrororganisationen systematische Strategien entwickelt, die das Unvermögen des internationalen Rechts in Bezug auf diese Fragen ausschlichten.

Dem Terrorismus sind der Wert des menschlichen Lebens und der

Humanismus gleichgültig, sowohl was die eigene Nation angeht als auch seine Feinde. Aufgrund der fehlenden Verpflichtung gegenüber dem internationalen Recht fühlen sich die Terroristen frei von jeglichen ethischen oder moralischen Beschränkungen und operieren ohne jegliche internationale Überwachung.

Terrororganisationen versuchen, das Vorgehen der Feindstaaten zu delegitimieren. Sie erreichen dies, indem sie sich selbst als Opfer stilisieren. Dieses Bestreben wird dadurch gefördert, dass das Schlachtfeld in dicht bevölkerte Gebiete verlegt wird, wobei mit dem Endziel der Medienaufmerksamkeit eine Wirklichkeit von Tod und Elend erzeugt wird.

Die Operation Gegossenes Blei ist ein klassisches Beispiel für asymmetrische Kriegsführung. Die Hamas hat hierbei terroristische Verhaltensmuster mit zynischen Resultaten an den Tag gelegt.

Im Laufe der vergangenen zwei Jahre hat die Hamas ihre terroristische Infrastruktur mutwillig als inhärenten Teil der zivilen Infrastruktur aufgebaut (bspw. waren mehr als ein Drittel der 122 Häuser im Viertel Al-Attrra mit Bomben bestückt). Während der Kämpfe wurden die Bewohner Gazas auf die Straßen gebracht, und die Hamas versteckte sich zwischen ihnen, in ziviler Kleidung, und machte sie dadurch zu menschlichen Schutzschilden. Alan Dershowitz hat dies als die „Tote-Baby-Strategie“ der Hamas bezeichnet.

Der Terrorismus der Hamas wurde die gesamte Operation hindurch aufrechterhalten. Als die Übergänge für den Transfer humanitärer Hilfe geöffnet wurden, hat die Hamas sie absichtlich bombardiert. Als Hilfsgüter transferiert wurden, hat die Hamas sie erbeutet und nicht an die lokale Bevölkerung weitergegeben. Als die Kampfhandlungen eingestellt wurden, um humanitäre Zeitfenster zu schaffen, hat die Hamas weiter geschossen und Zivilisten gefährdet, die sich nach draußen gewagt hatten. Und als Israel anbot, sich um die Verwundeten

zu kümmern, hat die Hamas sich geweigert, sie zu überführen.

Als Staat hat Israel seit seiner Gründung gegen die Herausforderung des Terrors zu kämpfen gehabt. Trotz der großen Erfahrung, die die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (ZAHAL) gesammelt haben, sind die täglichen Herausforderungen, denen sie begegnen, weiterhin kompliziert und schaffen komplexe ethische Dilemmata.

Im Feld steht der Kommandant komplexen ethischen Dilemmata gegenüber, die sein persönliches Urteil dazu erfordern, ob er den Anti-Terror-Einsatz, der die lokale Bevölkerung gefährden könnte, fortsetzen oder ob er seine eigenen Soldaten und die Zivilisten, die zu beschützen er ausgesandt wurde, gefährden soll.

Um den ethischen Dilemmata des Krieges, vor allem solchen, die während der Terrorismusbekämpfung auftreten, begegnen zu können, haben die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (ZAHAL) einen moralischen Code entwickelt („Der Geist von ZAHAL“). Dieser Code setzt sich aus den Werten zusammen, die der Gründung des Staates Israel innewohnten, den Werten der westlichen Demokratie und der Verpflichtung gegenüber dem internationalen Recht.

Der „Geist von ZAHAL“ ist tief in die Grundausbildung jedes einzelnen Soldaten und Kommandanten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte eingebaut. Die ethische Verantwortung unserer Soldaten widerspricht nicht der Notwendigkeit persönlicher Sicherheit – sie setzt einen hohen Standard für das persönliche Urteil beim Zielen auf Terroristen, die unter Zivilisten Schutz suchen.

Die Rechtsexperten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte haben jeden Aspekt der Operation begleitet, von der Planung bis zur Durchführung. Dies reflektiert die Anerkennung der Bedeutung der Einhaltung des internationalen Rechts als dem Entscheidungsprozess inhärenter Aspekt.

Vorbereitungen für potentielle ethische Dilemmata begannen bereits in der Planungsphase der Operation. Während der Operation wurden unzählige Maßnahmen ergriffen, um den Kollateralschaden an den Bewohnern des Gaza-Streifens zu minimieren: Mehr als 1 250 000 Flugblätter wurden verteilt, mehr als 165 000 Bewohner des Gaza-Streifens wurden vorab telefonisch gewarnt, und die „Anklopftechnik“ wurde breitflächig angewandt.

Trotz des häufigen Kampfes in dicht bevölkerten Gebieten und des Missbrauchs von lokalen Bewohnern als menschliche Schutzschilder durch die Hamas verdeutlichen die Einschätzungen der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte, dass der Großteil der Opfer bewaffnete Kämpfer waren (709 bewaffnete Kämpfer, 295 Zivilisten und 162 Personen, deren Grad der Involvierung noch geprüft wird).

Das Schlachtfeld ist ein Schauplatz, der für Fehler anfällig ist. Für die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte ist jeder Kollateralschaden an Zivilisten problematisch und wird untersucht, um aus den eigenen Fehlern zu lernen und die Kampfdoktrin für die Zukunft zu verbessern. Für die Hamas ist der Kollateralschaden sowohl an israelischen als auch palästinensischen Zivilisten ein Mittel zum Erreichen ihres Ziels.

Bis ein effektiver moralischer Code zur Regulierung des Kriegs gegen den Terror geschaffen sein wird, gibt es keine einzige und eindeutige Lösung für ethische Dilemmata. Die Dilemmata stellen eine Herausforderung dar, die von allen westlichen Armeen geteilt wird, eine Herausforderung, der man begegnen muss, um die demokratischen Kernwerte zu bewahren, die unsere Staaten prägen.

Es scheint so, als ob der Einsatz von menschlichen Schutzschildern durch Terror- und Guerillaorganisationen infolge der steigenden Verstärkung, der operationellen Vorteile einer solchen Umgebung und der internationalen

Verurteilung von Anti-Terror-Aktivitäten in bewohnten Gebieten noch wachsen wird. Das schiere Ausmaß dieser Dilemmata wird noch zunehmen und nicht nur Israel und den Nahen Osten, sondern die internationale Gemeinschaft als Ganze betreffen. Insofern ist die globale Acht- und Aufmerksamkeit gegenüber dieser Angelegenheit unerlässlich-

(Israelische Verteidigungsstreitkräfte, 26.03.09 / Quelle: [Botschaft des Staates Israel](#))

Türkenverbände: Jammern als Selbstzweck

☒ Zwei Monate zu früh feierte die Türkische Gemeinde in Deutschland im Roten Rathaus den 60. Geburtstag des Grundgesetzes. Finanziert wurde die ~~Stunksitzung~~ der Festakt durch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer. Das wäre alles nichts Besonderes, wenn nicht in der FAZ Mechtild Küpper ganz ohne Scheu über die Veranstaltung berichten würde – so wie jeder normale Mensch, der noch alle Tassen im Schrank hat, die Sache sehen muss. Das ist erstaunlich, und noch erstaunlicher ist es, wenn ein grüner Abgeordneter resümiert: „Das Jammern ist der Vereinszweck der Türkischen Gemeinde und des Türkischen Bunds.“ Da muss was los gewesen sein. Wer wissen will was, [liest hier weiter](#).

(Foto: Kenan Kolat, Festredner, Spürnasen: Der 13. Apostel, MozartKugel, Erwin M., Friederich, Felix v. K., Christian F. und Rainer)

Gericht bestätigt Zwangsgebühren für PCs

✘ Müssen demnächst alle, die zwei Augen besitzen, die notleidende volkspädagogische Presse mit Zwangsabos unterstützen? Das wäre die logische Schlussfolgerung, wenn man ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Koblenz konsequent weiter denkt. Denn schließlich besitzt man dann die technische Voraussetzung, um etwa im Vorbeigehen an einem Zeitungsstand die dort ausgestellten Machwerke zu lesen. Ob mans tut oder nicht ist nach neuester deutscher Rechtserkenntnis unerheblich. Die Bereithaltung der Möglichkeit zählt. Bisher geht es allerdings noch um den Rundfunk- und Fernsehempfang. (Foto: Aleviten kritisieren ARD)

[Heise-online](#) berichtet:

Gegenstand des Verfahrens ist die Klage eines Rechtsanwalts, der für einen internetfähigen PC in seiner Kanzlei einen Rundfunkgebührenbescheid vom Südwestrundfunk (SWR) erhalten und gegen diesen geklagt hatte. Das Verwaltungsgericht Koblenz hatte ihm zunächst Recht gegeben und den Gebührenbescheid aufgehoben. Zwar könne der Kläger mit dem PC den SWR empfangen, doch sei er deshalb noch nicht Rundfunkteilnehmer und deshalb gebührenpflichtig, hatte das Gericht die Entscheidung begründet. Allein die „abstrakte technische Möglichkeit des Rundfunkempfangs“ begründe nicht zwangsläufig die Rundfunkteilnehmereigenschaft.

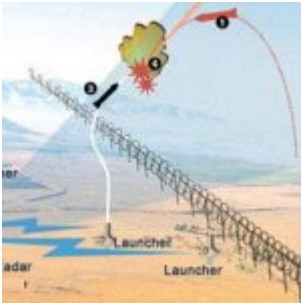
Das sieht die nächsthöhere Instanz nun anders und wies die Klage ab. Ein PC mit Internetzugang sei ein neuartiges Rundfunkempfangsgerät im Sinne des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und damit gebührenpflichtig.

Die tatsächliche Nutzung als Radio sei nicht erforderlich, es genüge die Bereithaltung. Die Gebührenpflicht für PCs mit Internetanschluss verstoße nicht gegen die verfassungsrechtlich geschützte Informationsfreiheit. Sie verhindere auch die „Flucht aus der Rundfunkgebühr“ durch die Nutzung von PCs und sichere so die Grundlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Technisch wäre es kein Problem, nach dem Vorbild anderer Pay-TV Sender wie Premiere den Empfang auf freiwillige Gebührenzahler zu beschränken. Und ob die Sender ihre Erzeugnisse im Internet kostenlos zur Schau stellen oder auch hier eine Abonnementregelung vorschalten, wäre allein ihre Sache. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit frei zugänglichen Nachrichten, Grundlage des Staatsvertrages mit den Rundfunkanstalten und der Erhebung von Zwangsgebühren aus der Nachkriegszeit, ist im Internetzeitalter längst auch ohne ARD und ZDF gegeben.

Die Anstalten klammern sich an die GEZ-Einnahmen aus einem einzigen Grund: Ihnen ist sehr wohl bewusst, dass nur noch eine Minderheit der Bürger ihre Belehrungsbeiträge konsumieren würde, wenn man selbst entscheiden könnte, ob man für das öffentlich-rechtliche Programm Gebühren zahlen wollte – oder ganz verzichten. Eine Umfrage des WDR hat vor einiger Zeit ergeben, dass das Durchschnittsalter (!) der WDR-Zuschauer bereits heute über 60 Jahre liegt.

Am morgigen Samstag findet um 12 Uhr auf der Domplatte in Köln eine [Demonstration gegen GEZ-Zwangsgebühren](#) statt.



„Iron Dome“ schützt Israel

☒ Typisch Israel: Mit Fleiß und Intelligenz löst man Probleme. So brachten die Israelis schon die Wüste zum blühen, während ihre islamischen Neider in Hass und Chaos versanken. So wurde Israel zu einer der führenden Nationen in allen Technologien, die auf intelligenten Lösungen beruhen. Und so soll die israelische Bevölkerung auch in naher Zukunft vor den Raketenbeschüssen durch die islamisch verblödeten Hasspalis geschützt werden.

Wie die [Jerusalem Post meldet](#), wurde in Israel jetzt ein speziell für die Bedürfnisse der Bewohner der unter Raketenbeschuss leidenden Grenzregionen entwickeltes Raketenabwehrsystem erfolgreich getestet. Eine besondere Herausforderung für die israelischen Wissenschaftler, denn der Beschuss über die Grenze erfolgt mit tieffliegenden Raketen und nur über wenige Kilometer. Angriff erkennen, Flugbahn berechnen und einen Gegenangriff gegen das heranfliegende Geschoss starten – für all das steht ein Zeitfenster von Sekunden zur Verfügung, bis die Terrorrakete ihr Ziel, israelische Frauen, Kinder und Greise, erreicht. Die technische Herausforderung ist deutlich höher als bei herkömmlichen Raketenabwehrsystemen.

Aber Forschung zum Schutz des Lebens hatte in Israel immer höchste Priorität. Und so scheint es auch diesmal gelungen, eine funktionierende Lösung zu finden, um der rohen Gewalt der hasserfüllten Moslems eine überlegene, intelligente und humane

Abfuhr zu erteilen. Die erfolgreichen Tests lassen hoffen, dass das System „Iron Dome“ schon bald den geplagten Bewohnern der Grenzregionen den erhofften Frieden bringt. Und natürlich wurde auch darauf geachtet, einen technologischen Fortschritt mit der Forschungsaufgabe zu verbinden. „Iron Dome“ kann schneller produziert werden und kostet nur ein zehntel bisheriger Systeme.

Die israelische Luftwaffe, Schützer des jüdischen Volkes und seines Staates Israel über Auschwitz:

„Integration geht baden“



Manchmal, wenn auch selten, merkt sogar die *Frankfurter Rundschau* etwas. Antje Hildebrandt betitelt ihren Beitrag über Burkinis mit der doppeldeutigen Aussage: [Integration geht baden](#). Frau Antje übersieht bei ihrem Wortspiel leider, dass nur etwas „baden“ gehen kann, das auch existiert.

Auch Berlins Innensenator Körting merkt manchmal etwas, vielleicht noch seltener als die *FR*. Körting, das ist derjenige, der vor Jahren gemeinsam mit Mohammedanern für die „Freilassung“ von Susanne Osthoff „betete“. Auf islamische Art. Und sich vor Allah niederwarf, wobei die Löcher in seinen Socken in das Blickfeld der Fernsehkamera gerieten, die ebenfalls brav gen Mekka ausgerichtet war. Nur mit

„Bauchschmerzen“ will er jetzt, im Nachhinein, die Burkini-Verordnung durchgesetzt haben.

Doch zurück zur *FR*. Körting dämmert mittlerweile, mit seiner Burkini-Zulassung in öffentlichen Schwimmbädern die Lösung für ein Problem geschaffen zu haben, das gar nicht existiert. Bisher wurde die Möglichkeit, mit dem islamischen „Ganzkörperkondom“ (Necla Kelek) schwimmen zu gehen, von genau zehn Mohammedanerinnen wahrgenommen. Doch der Islam triumphiert: Schon wieder wurde einer seiner Forderungen durchgesetzt. Dabei geht es keineswegs um religiöse Befindlichkeiten, sondern um die brutale Durchsetzung politischer Interessen. Genau wie bei den immer häufiger verlangten Mega-Monster-Moscheen, für die kein Bedarf besteht, weil die meisten Mohammedaner ganz offensichtlich die Gebetsrituale nicht vollziehen ([PI berichtete](#)), steckt hinter der Forderung nach den Burkinis kein tatsächlicher Bedarf. Der Islam meldet sich mit seinen Machtansprüchen und fordert Raum nach immer mehr Präsenz.

Dass dies auch die Berliner so sehen, beweisen die 100 Briefe, die zu diesem Thema bisher bei den Berliner Bäderbetrieben eingegangen sind. 98 Prozent von ihnen protestieren gegen die Zumutung, in den öffentlichen Bädern den Anblick von Burkini-Trägerinnen ertragen zu müssen. Es sind überwiegend deutsch-türkische Frauen, die der Burkini-Testbetrieb erzürnt. Die einzigen beiden positiven Zuschriften trugen zwar unterschiedliche Namen, waren im Wortlaut aber identisch.

„Burkinis zuzulassen, ist integrationsfeindlich“, erkannte auch Kurt Wansner, der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion. „Damit geben wir all das auf, wofür Frauen jahrelang gekämpft haben – und das unter dem Deckmantel der Integration.“

Nicht nur das. Die Mitarbeiterinnen der Bäderbetriebe hat die Körting'sche Verordnung in eine böse Situation gebracht. Denn diese müssen die wandelnden Ganzkörperkondome nicht nur dazu

bringen, vor dem Baden zu duschen, sondern im Verdachtsfalle auch kontrollieren, ob die verhüllten Damen nicht etwa Frauen Slip und BH unter dem Burkini anbehalten haben.

Und das natürlich ohne „religiöse Gefühle“, sprich: politische Machtansprüche, zu verletzen!

(Gastbeitrag von [Yaab](#))

Hannan: Multikulti endet in der Mob-Herrschaft

☒ „Wenn irgend jemand da draußen noch an Multikulti glaubt, dann soll er nach Bolivien schauen und erzittern“, schreibt der politisch-inkorrekte britische [Abgeordnete im Europaparlament](#), Daniel Hannan (Foto), auf seinem [Telegraph-Blog](#) und erklärt am Beispiel des südamerikanischen Staates unter Evo Morales, in welche Katastrophe sozialistische Multikulti-Träume führen.

Der bolivianische Multikulturalismus hat nämlich den selben Konstruktionsfehler wie sein europäischer Verwandter:

Leute werden dadurch von der völligen Verteidigung des Rechts und den vollen Privilegien der Zivilgesellschaft ausgeschlossen. Dies öffnet kommunaler Unterdrückung, Günstlingswirtschaft und sogar der Mob-Herrschaft Tür und Tor.

Wer jetzt denkt, Bolivien liege weit weg von Europa, möge beachten, dass auch die Morales-Unterstützer in Europa genau die gleichen multikulturellen, sozialistischen Wunschträume hegen und pflegen. Doch

wie so viele linke Ideologien, beginnt der Multikulturalismus mit guten Absichten und endet in der Tyrannei.

Die Rede mit heftiger Kritik an Gordon Brown, von den meisten Medien totgeschwiegen, wurde am letzten Dienstag [auf Youtube veröffentlicht](#), und hatte seitdem bereits über eine Million Zuschauer – sensationell für Youtube:

» daniel.hannan@europarl.europa.eu

(Spürnase: Capt)



Exklusiv auf PI: Trailer zum „Deutschen Fitna“



Nach rund zweimonatigen Dreharbeiten feiert der islamkritische Film der Pro-Bewegung, der von türkischen Medien schon als „Deutscher Fitna“ bezeichnet wird, im Rahmen einer Pressekonferenz in Köln am 31. März seine Premiere. Der 13-minütige Film, der als Bewerbungsfilm für den diesjährigen [Anti-Islamisierungskongress am 9. Mai](#) produziert wurde, soll nach dem Vorbild des niederländischen Islamkritikers Geert Wilders Tabu-Themen wie die Unvereinbarkeit der islamischen Ideologie mit unserem Grundgesetz verdeutlichen. Aber auch die

skandalösen Vorkommnisse am 20. September in Köln werden in dem Film noch einmal Revue passiert.

Türkische Medien wie die auflagenstarke AKP-nahe Tageszeitung „[ZAMAN](#)“ (die auch in Deutschland kostenlos verteilt wird) oder [haber7.com](#) haben bereits vor der Veröffentlichung des islamkritischen deutschen Fitna-Films gewarnt. Dazu der [Pro Köln-Vorsitzende Markus Beisicht](#):

„Für uns, als überzeugte Demokraten, sind wesentliche Teile der islamistischen Ideologie mit unserem Grundgesetz unvereinbar. Der radikale Einwanderungs-Islam steht unserem Menschenbild und unserer Demokratie diametral entgegen. Ein Beispiel ist die Ungleichbehandlung von Mann und Frau. Und bei aller Höflichkeit gegenüber den Menschen aus anderen Kulturen muss doch deutlich gesagt werden: Der Islam darf weder in Deutschland noch in Europa zur neuen Leitkultur werden.“

Die Gefahr der Islamisierung ist kein ausschließlich deutsches, französisches oder flämisches Problem, es ist vielmehr ein gesamteuropäisches Problem. Überall in Europa fordern integrationsunwillige Einwanderer mehr und mehr Zugeständnisse an ihre Religion. Was sie fordern, ist Toleranz, was sie wollen, sind islamistische Parallelgesellschaften mitten in unseren Städten. Parallelgesellschaften, in denen geltendes Recht ignoriert und unsere Kultur mit Füßen getreten wird.

Anstatt die gemeinsamen europäischen Grundwerte gegen diese Auswüchse zu schützen, gibt die politische Klasse in der Bundesrepublik den Forderungen der Islamisten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und im verblendeten Multi-Kulti-Wahn nach. Von der eigenen Bevölkerung verlangt man hingegen, dass sie freiwillig und unter Preisgabe ihrer Identität zur Minderheit im eigenen Land wird.

Hiergegen machen wir auch mit diesem Filmprojekt mobil. Geert

Wilders hat es uns im Übrigen eindrucksvoll vorgemacht, wie man mit einem islamkritischen Film bei den Bürgern punkten kann.“

Hier – exklusiv auf PI – ein erster Trailer zum Film:

Den kompletten Film gibt es am kommenden Dienstag ebenfalls auf PI zu sehen.

Verschleierte Wirklichkeit



Junge deutsche Mädchen haben es nicht leicht. Sie werden von der westlichen Gesellschaft gezwungen, im Winter bei klirrender Kälte halbnackt herumzulaufen und sich eine Lungenentzündung zu holen. Das behauptet zumindest die Berliner Kulturwissenschaftlerin [Christina von Braun](#) (Foto). In einem Interview mit dem Magazin [MO/MENT](#), das sich als „Medium gegen Rassismus und Diskriminierung, für Migration, Menschenrechte und Demokratie“ versteht, sagt die 64-Jährige:

„Der Zwang läuft auf ganz anderen Ebenen im Westen. Wenn Sie sich anschauen, wie viele junge Frauen im Westen bei bitterer Kälte nabelfrei und in kurzen Miniröcken herumlaufen, weil es diesen Gruppenzwang gibt, seine Haut zu zeigen, dann wissen

Sie, dass es sich hier nicht nur um Freiwilligkeit handelt. Es gibt einen ausgesprochenen Druck auf die westliche Frau, sich zu entkleiden.“

Wie gut haben es dagegen muslimische Mädchen. Sie sind in diesen und anderen Dingen wesentlich freier und unabhängiger als die geknechteten deutschen Mädels – bis auf einige „Ausnahmen“, denn immerhin gesteht die „Wissenschaftlerin“ ein:

„Es gibt tatsächlich einige (sic!) Mädchen oder Frauen, die von ihren Familien gezwungen werden, das Kopftuch zu tragen.“

Auch der Ehrenmord ist laut den Erkenntnissen von Frau von Braun weniger ein Problem des Islams, als vielmehr des Christentums:

„Das christliche Ehe-Ideal hat die Vorstellung genährt, dass die Beziehung von Mann und Frau untrennbar ist. Will sich eine Frau daraus lösen, folgt der Schluss, dass sie gegen die höchste Einrichtung verstoßen hat und des Lebens nicht mehr würdig ist.“

Dass in Österreich mittlerweile [die Hälfte aller Ehen wieder geschieden](#) werden (wie hoch ist eigentlich die Scheidungsrate in Saudi-Arabien?) und die Friedhöfe trotzdem nicht voll von Frauen im besten Alter sind, weiß natürlich auch Frau von Braun, sie untermauert ihre „Thesen“ deshalb mit vagen und schwammigen Behauptungen oder mit Hinweisen, dass es einmal vor längerer Zeit... ja, man kennt das Argumentationsschema zur Genüge.

Auf die Zeit der Kreuzritter – die bei Gutmenschen immer dann herhalten müssen, wenn man keine aktuelleren Beweise für das Böse in der christlich-abendländischen Kultur finden kann, was ziemlich oft der Fall ist – muss Frau von Braun hier aber nicht zurückgreifen, denn immerhin hat es in Kreta noch bis in

die 50er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts vereinzelt Ehrenmorde gegeben. Dass Ehrenmorde für Frau von Braun nichts mit dem Islam zu tun haben, ist ohnehin selbstverständlich und wird hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

All die oben zitierten Absonderungen von Frau von Braun haben natürlich nichts mit Wissenschaft zu tun. Mit wissenschaftlichen Grundregeln wie Objektivität, Überprüfbarkeit oder Wertfreiheit hat Frau von Braun nichts am Hut. Daten, Beweise oder Fakten sind ihr nur lästiger Ballast, der sich stets als inkompatibel mit ihrer linken Gutmenschenutopie erweist. Sie lebt unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit ihren in Deutschland und Österreich seit den 60ern so verbreiteten pathologischen Hass auf die westliche Kultur im Allgemeinen und die deutsche und österreichische im Besonderen aus. Wolf Biermann hat dieses Verhalten sehr treffend charakterisiert:

„Der schwärmerische Respekt vor dem Fremdländischen ist nur Bequemlichkeit und Hochmut. Ich sehe im Multi-Kulti-Geschwärme meiner alternativen Zeitgenossen die seitenverkehrte Version des Rassendünkels von gestern.“

Christina von Braun ist ein Produkt der 68er Ideologie. Sie verkauft und propagiert unablässig, so wie unzählige ihrer GenossInnen, die immer gleichen linken Dogmen und Vorurteile. Von der Realität lässt sie sich nicht beeindrucken, was sind schon Fakten gegen die eigenen Wunschvorstellungen und Vorurteile. Das akute Problem der kränkelnden wesentlichen Gesellschaften ist, dass die vielen tausenden von Brauns nach dem linken Marsch durch die Institutionen mittlerweile an fast allen Schalthebeln der Macht sitzen und die konservativen Kräfte in die Bedeutungslosigkeit abgesunken sind.

Die von Brauns mit ihrer naiven rousseau'schen Vorstellung vom edlen Wilden, die stets einhergeht mit der Verachtung des rationalen abendländischen Weltbilds, haben derzeit, aufgrund

einer fehlenden starken Opposition, Narrenfreiheit. Es ist höchste Zeit, dass die jungen aufgeklärten und freiheitsliebenden Europäer die Deutungshoheit der von Brauns beenden. Erste Anzeichen für eine solche Wende gibt es bereits. In Österreich etwa liegen die beiden rechtskonservativen Parteien FPÖ und BZÖ trotz der penetranten linken Indoktrination [bei den unter 30-Jährigen](#) in Umfragen bei 43 Prozent. Die jungen Österreicher haben offenbar die Nase voll von den naiven und gefährlichen Utopien linker Gutmenschen. Die braun'schen Märchen aus 1001 Nacht stoßen bei ihnen nur noch auf taube Ohren.

» cvbraun@culture.hu-berlin.de

(Gastbeitrag von A. Wappendorf)



Kardinal Meisner rügt Kanzlerin Merkel



Wenn ein weltlicher

deutscher Herrscher in der Vergangenheit meinte, über die Ausübung des Papsttums bestimmen zu können, mussten schon ganz andere nach Canossa zu Kreuze kriechen. Angela Merkel steht als Protestantin nicht in Gefahr, exkommuniziert zu werden wie Heinrich IV. 1077, dennoch hat auch sie sich mit ihrem [öffentlichen Kirchenkampf](#) anlässlich des „Piusbrüder-Skandals“ einen herben Imageverlust eingefahren.

Was auch immer Williamson getan hat, es war nicht an Merkel [darüber zu befinden](#), lautet das Urteil Kardinal Meisners. Viele, die blindwütig Papst-Bashing betreiben, sind sich zudem nicht bewusst, welcher Lächerlichkeit sie Deutschland mit ihrem Gehabe preisgeben – oder es ist ihnen einfach egal.

Im [Interview mit der BILD](#) erklärt Meisner, die öffentliche Papstschele der Bundeskanzlerin sei eine ihrer größten Fehlleistungen gewesen. Sie hatte eine „Klarstellung“ eingefordert, die bereits erfolgt war und müsste jetzt selbst die Größe besitzen, sich zu entschuldigen.

„Viele Deutsche merken gar nicht, wie lächerlich wir uns in aller Welt mit dieser Papstmäkelei machen“

betont Meisner. Das Betrifft die Williamson-Frage genauso wie die Berichterstattung über den Papstbesuch in Afrika.

„Dem Papst wurde unterstellt, er habe alle Welt aufgefordert, keine Kondome zu benutzen. Das hat er aber gar nicht getan. Der Papst hat keinen Mann, der wahllos mit Frauen schläft, aufgefordert, jetzt auch noch auf Kondome zu verzichten. Vielmehr hat er darauf hingewiesen, dass man dafür sorgen muss, dass solche Männer auf ihren unverantwortlichen Umgang mit Sexualität verzichten.“

„Wenn man bloß Kondome verteilt und dann meint, das AIDS-Problem gelöst zu haben, dann ist das unglaublich naiv und kann das Problem tatsächlich dadurch verschlimmern, dass der

frauenverachtende Lebensstil mancher Machos bloß noch hemmungsloser um sich greift. Meinen Sie übrigens, dass ein solcher Macho sich ernsthaft vom Papst zur Benutzung von Kondomen überreden lassen würde? Das ist doch völlig realitätsfern!“

Realitätsfern, moralistisch und propagandistisch wie die deutsche Medienlandschaft eben ist. Aber solange die Schafherde willig hinterherläuft und sich nicht zu blöken traut, wird sich daran auch wenig ändern.



Der kleine Patriot



24.03.2009

Liebes Tagebuch,
gerade versuche ich, Ruthi verständlich zu
machen, was ich meine, wenn ich sage, wir
befinden uns zwar in Deutschland,
aber andererseits auch wieder
nicht! - Seltsam, welches Volk
hasst sein Vaterland
so sehr wie das
deutsche? - Es ist
lustig, als spinnerter
Judenhund darf ich sagen:
"Ich liebe Deutschland",
ohne Gefahr zu laufen,
ernstgenommen zu
werden! Denn wenn
sie einen erst
ernst nehmen,
ist der Pranger
nicht weit!



25.03.2009

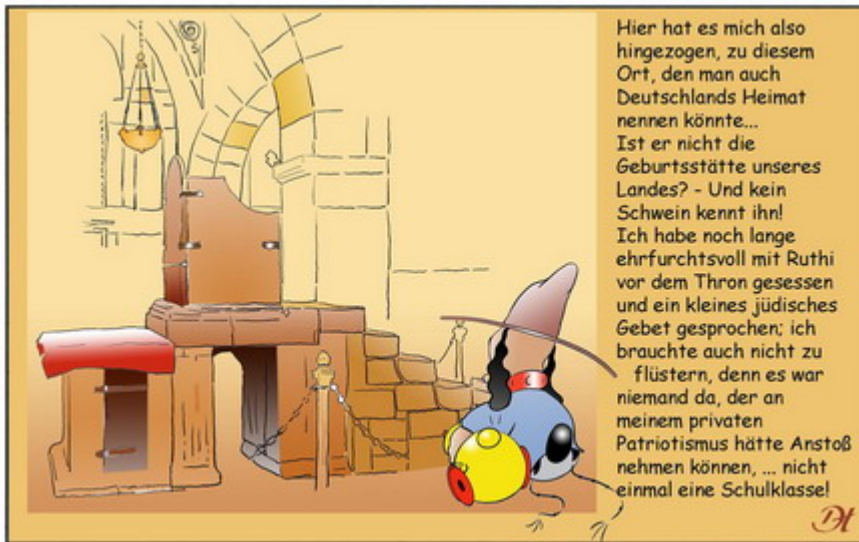
Ruthi will wissen, ob ich wüsste, wohin uns
mein patriotischer
Lenz treibt. Nun,
ich weiß nur, dass
ein Hund seiner
Nase vertrauen
sollte - und
das tue ich!



27.03.2009

Es ist doch erstaunlich, wozu ein paar Hundepfoten fähig sind!
Endlich haben wir unser Ziel erreicht; meine Nase hat uns nicht betrogen
(das haben ganz andere besorgt). Ruthi ist völlig aus dem Häuschen, denn sie war sich
sicher, ich hätte Berlin im Sinn gehabt! - Selbst Koscher-Enten können manchmal eine
phänomenale Naivität entwickeln! - Nein, liebes Tagebuch, meine mosaich-animalische
Sehnsucht galt Aachen, und ich spüre, das Ziel ist nahe...





© 2009 by [Daniel Haw](#)



Daniel Haw ist Dramatiker, Maler, Komponist, Regisseur und Leiter des jüdischen Theaters Schachars in Hamburg. Nach einer graphischen und künstlerischen Ausbildung studierte der 49-Jährige in Kalifornien Schauspiel und Regie. Haw, Vater der jüdischen Comicfigur Moische Hundesohn, veröffentlicht seine Cartoons jeden Freitag exklusiv auf PI.



Yes they can!



Eine Militäroperation der israelischen Luftwaffe (IAF) wie in alten Zeiten, durchgeführt im Januar dieses Jahres, wurde erst jetzt bekannt. 1.400 km von Israel, in der sudanesischen Wüste, wurde mit einem Luftschlag ein Konvoi von Waffenschmugglern gestoppt, der iranische Waffen nach Gaza transportierte, um von dort israelische Zivilisten zu terrorisieren. Freunden und Feinden Israels, die in den letzten Jahren gelegentlich an der Verteidigungsbereitschaft der Armee zweifelten, zeigt die Aktion: Sie können es noch und sie tun es, wenn nötig.

Das [Abendblatt berichtet](#):

Sudans Außenamtssprecher Jussif Ali bestätigte den Angriff und sagte, „es wird wohl Israel“ gewesen sein. Straßenbauminister Mabruk Mubarak Saleem sagte gegenüber der „Sudan Times“: „Eine größere Macht hat kleinere Lastwagen bombardiert, die mit illegalen Waffen beladen waren, und alles verbrannt.“ Bei dem Luftangriff seien „Sudanesen, Eritreer und Äthiopier“ ums Leben gekommen und andere verletzt worden.

„Der israelische Geheimdienst hat offenbar herausgefunden, dass Waffen auf Lastwagen durch den Sudan Richtung Ägypten transportiert wurden. Sie sollten den Sinai durchqueren und nach Gaza in das Hamas-Gebiet geschmuggelt werden“, erklärte die amerikanische Quelle gegenüber CBS. „Israelische Kampfflugzeuge führten den Angriff dann aus.“

Möglicherweise haben die amerikanischen Regierungsquellen die Sache jetzt enthüllt, weil die ägyptische Zeitung „Al Shorouk“ geschrieben hat, der Angriff sei von US-Kampfbombern ausgeführt worden, die in Dschibuti gestartet seien.

Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf den grassierenden Waffenschmuggel in der nahöstlichen Region – vor allem auf die Versorgung der israelfeindlichen Hamas durch ihren großen Verbündeten, den Iran.

Nach einem Bericht des Washington Institute for Near East Policy, einer israelfreundlichen US-Denkfabrik, in der zahlreiche Angehörige der vergangenen amerikanischen Regierungen wirken, hat der Iran ein Netzwerk zum Schmuggel von Waffen in den Gazastreifen installiert. Überwacht würden die Transporte vom Hamas-Hauptquartier im syrischen Damaskus aus. Nach Angaben von Yoram Cohen, einem der beiden Autoren des Berichts, werden die Waffen hauptsächlich von den iranischen Revolutionsgarden, den Pasdaran, geliefert. Ein Teil der Waffen werde in wasserdichte Fässer verpackt und von Schiffen aus ins Mittelmeer geworfen, wo sie von palästinensischen Fischern aufgenommen würden.

Der Großteil jedoch werde weitgehend auf dem Landweg transportiert – auf verschiedenen Routen über den Jemen, Eritrea, Äthiopien – auch über Südafrika – bis in den Sudan, wo die Transporte zusammenliefen. Dann ginge es weiter über Ägypten bis zum Sinai. Durch die Schmuggeltunnel unterhalb des Philadelphi-Korridors an der Grenze gelangten die Waffen in den Gazastreifen, wo sie von der Hamas eingesetzt werden.

Es wird spekuliert, dass der Grund für den dramatischen Schritt der Israelis gewesen sein könnte, dass die zerstörte Waffenlieferung iranische „Fajr-5“-Raketen enthielt. Sie haben eine Reichweite von 75 Kilometern – damit könnte die Hamas den Ballungsraum Tel Aviv angreifen.

[Joachim Steinhöfel](#) ergänzt auf seinem Blog:

Der Teil Sudans, in der der Angriff stattfand, nahe Port Sudan am Roten Meer, ist ein isolierter, wüstengleicher Streifen im Osten des Landes, der überwiegend von Nomaden bewohnt wird. Die Sudanesen behaupten, die Berichte würden

erst jetzt erfolgen, weil man die Geschehnisse vorher habe "vollständig untersuchen" müssen. Die Sudanesen richten Vorwürfe gegen die US-Armee und beschuldigt sie des Angriffs, der ein Akt von Völkermord sei. Dies wirkt wie eine Reaktion auf den wg. Völkermordes gegen den sudanesischen Staatschef al-Bashir vom internationalen Strafgerichtshof ausgestellten Haftbefehl.

Auf die Frage, woher er wisse, daß es sich bei den Angreifern um US-Streitkräfte und nicht ansonsten für den Angriff verantwortlich gemachten Israelis gehandelt habe, antwortete der sudanesische Offizielle Rabie A. Atti gegenüber der New York Times : "Wir differenzieren nicht zwischen den USA und Israel."

Die Terminologie der sudanesischen Regierung lässt sich kaum noch von der al Qaidas unterscheiden.

Übrigens: Um mit Raketen und anderem Kriegsgerät vom Jemen via Somalia in den Sudan zu gelangen, muss man die Schmuggelware übers Meer bringen. Am Horn von Afrika, wo die deutsche Marine einsam Wacht hält, um den Waffenschmuggel zu unterbinden. Unser Beitrag zum Kampf gegen den Terror.

(Vielen Dank allen Spürnasen!)